

zu TOP

Mainz, 24.01.2014

Anfrage 1999/2011 zur Sitzung am 14.12.2011

Hilfsangebote für Opfer von Zwangsverheiratungen (PRO MAINZ)

Eine aktuelle Studie der Bundesregierung zu zwangsverheirateten Frauen zeichnet ein düsteres Bild. Mehr als dreitausend Betroffene im Bundesgebiet, wobei man noch von einer erheblichen Dunkelziffer ausgehen muß, sind ein Beleg für eine nicht geglückte Integration von vor allem muslimischen Familien. Zwangsverheiratung und damit einhergehende Ehrenmorde können nicht mit Kultur, Religion oder Tradition begründet werden, es handelt sich um schwere Straftaten, Menschenrechtsverletzungen und Nötigungen. Seit 2010 stellt Zwangsverheiratung ein eigener Straftatbestand dar.

Wir fragen an:

1. Welche Hilfs- und Beratungsangebote gibt es in Mainz für Opfer von Zwangsverheiratungen?
2. Liegen der Verwaltung Informationen und Zahlen vor, wie viele Opfer von Zwangsverheiratungen es in Mainz gibt?
3. Welche Angebote bietet die Stadt Mainz, um von Zwangsverheiratung bedrohten Frauen und Männern Beratung und Hilfe zukommen zu lassen?
4. Wurde von Seiten der Verwaltung mit muslimischen Vereinen und Verbänden diese Problematik erörtert und diese auf ihren Einfluss auf ihre Mitglieder hingewiesen?
 - a) Wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis?

b) Wenn nein, warum nicht?

Prof. Dr. Jens Jessen

Fraktionsvorsitzender